

Transition Completed, oder: Wem gehört die Demokratie?

Die neo-konservative Islamisierung der indonesischen Geschlechterpolitik

Der folgende Artikel ist ein gekürzter Vorabdruck aus dem von der Südostasien Informationsstelle herausgegebenen und im kommenden Jahr erscheinenden Buch: »Zehn Jahre Demokratie in Indonesien: Bilanz und Perspektiven«.

Christine Holike

Rund zehn Jahre nach dem Ende des autoritären Suharto-Regimes gilt Indonesiens Demokratisierungsprozess als Erfolgsgeschichte. Betrachtet man die institutionelle Ebene, trifft dies durchaus zu: Erst dieses Jahr wurden, die dritten freien Wahlen in Folge ohne größere Unregelmäßigkeiten abgehalten, das Dezentralisierungsprogramm hat sich nicht nur institutionell etabliert, sondern auch gefestigt, und die von der Demokratiebewegung einst vehement geforderte Direktwahl des Staatsoberhauptes gilt – genauso wie die Entfernung des Militärs aus dem Parlament – als unumstößlich.

Trotz dieser Errungenschaften zeichnet sich ein Trend, hin zu einer neo-konservativen Islamisierung der politischen Sphäre, ab. Zu beobachten ist das *mainstreaming* eines islamischen Diskurses, der, insbesondere in Bezug auf die Selbstbestimmungsrechte von Frauen, auf buchstäbliche Interpretationen der islamischen Quellenwerke zurückgreift. Dieser Diskurs entfaltet seine Wirkungskraft auf der lokalen, aber auch zunehmend auf der nationalen Ebene.

Die 1998 eingeleitete Demokratisierung und die mit ihr einhergehende Restrukturierung der Wettbewerbskanäle für politische wie auch wirtschaftliche Einflussnahme ermöglichten einer Reihe von politisch-religiösen Bewegungen mit islamisch-modernistischer Prägung, in den Vordergrund zu treten. Ihre Akteure, deren Spektrum von militanten Splittergruppen über machtgeleitete Trittbrettfahrer bis zu ParteivertreterInnen reicht, nutzen die durch

die politische Liberalisierung eröffneten Spielräume. Im Zuge dessen erlangten auch Parteien, die eine mehr oder weniger offene Agenda zur umfassenden Islamisierung des Landes verfolgen, Zugang zu parlamentarischer Repräsentation. Nicht zuletzt aufgrund ihrer Rolle, als Präsident Susilo Bambang Yudhoyonos wichtigste Koalitionspartnerin im derzeitigen Parlament, gilt die Gerechtigkeits- und Wohlfahrtspartei (PKS – *Partai Keadilan Sejahtera*) als die bedeutendste davon.

Die Mobilisierungskraft sowie – im Falle der PKS – das politische Gewicht der Verfechter neo-konservativer Vorstellungen üben nicht nur einen entscheidenden Einfluss auf die lokale Gesetzgebung, sondern auch auf die offizielle Regierungsrhetorik und die nationale Gesetzgebung aus. In beiden Bereichen findet eine Fokussierung auf die Reglementierung des weiblichen Körpers und der Sexualität, wie auch auf die Einschränkung der Selbstbestimmungsrechte für Frauen in der Privatsphäre, statt.

Selbstbestimmungsrechte als Faustpfand

Auf regionaler Ebene forcieren vor allem Verbände wie die *Hizbut Tahrir Indonesia* (Indonesische Befreiungspartei – HTI) und Parteien – insbesondere die erwähnte Wohlfahrtspartei – aber auch Einzelpersonen in Schlüsselpositionen die Einführung von neo-konservativ nuancierten Regionalverordnungen (*perda – peraturan Daerah*). Einige Frauenorganisationen sprechen mittlerweile von Hunderten solcher, quer durch den Archipel zum Tragen kommenden, Lokalgesetze.

Etliche der Verordnungen befassen sich mit der Bekämpfung von Glücksspielen und der Einhaltung religiöser Pflichten. Der weitaus größere Teil jedoch widmet sich der Reglementierung des weiblichen

Die Autorin arbeitet am Forschungsprojekt »Gender and Transition in Southeast Asia and the Middle East« am Institut für Sozialwissenschaften in Hildesheim mit.

Körpers und der Sexualität, wobei die »Ausrottung der Prostitution« und die Errichtung einer »nach islamischer Moral lebenden Gemeinschaft« im Vordergrund stehen. Konkret bedeutet dies:

- Die Verpflichtung zum Tragen des *jilbabs* (Kopftuch, das auch die Brust bedeckt) und einer der »islamischen Moral entsprechenden« Bekleidung für Frauen.
- Das Verhängen nächtlicher Ausgangssperren für Frauen bzw. die Auflage, nach Einbruch der Dunkelheit nur in Begleitung eines *murhim* (nahe männlicher Verwandter) die häusliche Umgebung zu verlassen.
- Die Kriminalisierung von außer- oder vorehelicher Sexualität und Homosexualität

Der Tenor der befürwortenden Argumente orientiert sich in der Regel an Vorstellungen von weiblicher Reinheit und sexueller Unbescholtenheit als Stütze kommunaler Identität, die es unbedingt zu schützen und zu bewahren gilt.

Ein mit islamischer Moral begründeter Rechtfertigungsdiskurs gewinnt nicht nur im neo-konservativen Umfeld und auf lokaler Ebene zunehmend an Bedeutung.

Staatspräsident Yudhoyono war nicht der erste und mit Sicherheit auch nicht der letzte Politiker, der dazu beitrug diesen Diskurs auch in die Regierungsebene zu überführen. Seine Beiträge zur Pornografiedebatte und zu Diskussionen wie die über die »unmoralischen« Tanzbewegungen des Dangdut-Stars Inul, oder seine Unterstützung des verbalen Vorstoßes des Gouverneurs von Jakarta, das Küssen in der Öffentlichkeit zu untersagen, bezeugten bereits vor einigen Jahren den Einzug der »islamischen« Moral in den politischen *mainstream*.

Jenseits dieser rhetorischen Einbindung übt der von neo-konservativen Kräften und politisch-religiösen Trittbrettfahrern erzeugte Islamisierungsdiskurs einen nicht unerheblichen Einfluss auf die nationale Gesetzgebung aus.

Darauf deutet nicht nur Yudhoyonos Schweigen um die erst im September 2009 erfolgte Ausweitung des Scharia-Rechts in Aceh, das die Steinigung von Ehebrechern und Amputation von Gliedmaßen wegen Diebstahls vorsieht. Auch die Verabschiedung einer – zwar entschärften aber immer noch stark von islamisch konservativer Sexualmoral inspirierten – Version des Anti-Pornografiegesetzes im Oktober 2008 weist in diese Richtung.

»Demokrasi Menghinakan Perempuan«* – Die Demokratie erniedrigt Frauen

Wenngleich sich die PKS zu Chancengleichheit, Demokratie und *good governance* bekennt, kann nicht davon ausgegangen werden, dass damit ein ungebrochenes Bekenntnis sowohl zu einer pluralistischen

Demokratie als auch zur Gleichberechtigung im Sinne umfassender demokratischer Teilhabe für beide Geschlechter oder gar für LGBT (LesbianGayBisexualTransgender) gemeint ist.

Nicht zuletzt hat sie die erwähnte Scharia-Version in Aceh durchgepeitscht und ist eine der Hauptprotagonistinnen in der Propagierung der genannten Lokalverordnungen.

Überdies teilt sie eine ideologische und historische Verbindung zur in der *dakhwah*-Bewegung (Missions-Bewegung) verwurzelten ägyptischen Muslimbruderschaft mit einem ihrer wichtigsten außerparlamentarischen Kooperationspartner, der *Hizbut Tahrir Indonesia*. Für die HTI stellt eine Demokratie, die es Frauen ermöglicht, »das zu tun was ihnen gerade einfällt« (wie Ehebruch, Abtreibung, Ungehorsam gegenüber dem Mann), in Wahrheit die Zerstörung des Ansehens und der Würde der Frau dar. Aus diesem Grund sei eine solche Demokratie abzulehnen und der Islam die einzig legitime Möglichkeit für Frauen, ihre naturgegebenen Rechte entsprechend zu realisieren.

Was programmatisch vertreten wird ist aber nicht die Art eines Frauen verachtenden Steinzeit-Islamismus, wie ihn die Taliban verfechten, sondern ein moderner Islam, der Frauenrechte wie den Zugang zu Bildung, Berufstätigkeit und Gesundheitsversorgung durchaus ernst nimmt. Eine aktive, die Politik gestaltende Rolle für Frauen ist in diesem Verständnis ebenfalls vorgesehen. Doch – und das ist die Crux – beides bleibt eingebettet in die Umsetzung einer von neo-konservativen Vorstellungen getragenen Politik, die ihren Machtanspruch über eine moralische, auf Heteronormativität basierende Gleichschaltung zu legitimieren sucht.

Es bleibt zu hinterfragen, ob die »Frauenfrage« und Fragen der sexuellen Selbstbestimmungsrechte die letzten Bastionen sind, die zur Realisierung einer umfassenden Demokratisierung zu stürmen sind, oder ob Indonesien im Begriff ist, den Malaysischen Weg zu beschreiten. Dort mündete der Wettbewerb um politische Vorherrschaft in ein den Autoritarismus konsolidierendes »Islamisierungsrennen«, dem bis dato grundlegende Menschen- und Selbstbestimmungsrechte, vor allem von Musliminnen, zum Opfer fielen.

Anmerkung

*) <http://hizbut-tahrir.or.id/2009/04/11/demokrasi-menghinakan-perempuan/>, (13.10.2009)